

Bericht über die Gemeinderatssitzung vom 21.07.2011 im Bürgersaal Oberkirchberg

Zur Sitzung begrüßte Bürgermeister Anton Bertele die Mitglieder des Gemeinderates, Herrn Ing. Siegfried Tsalos, Illerkirchberg, Frau Architektin Maria Kirchhauser-Rimmele, Illerkirchberg, Herrn Missel vom GVV Kirchberg-Weihungstal, Herrn Franz Glogger von der Südwest Presse, Herrn Manfred Kornmayer von der Verwaltung sowie die Zuhörer. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest und gab die Protokolle der letzten Sitzung bekannt. Zur Bürgerfrageviertelstunde meldete sich niemand. Vorausgegangen war der Sitzung eine Ortsbesichtigung in der Bucher Straße

Erneuerung der Wasserleitung und der Fahrbahn mit Gehweg in der Bucher Straße

Bei der Ortsbesichtigung hatten Anwohner hohe Geschwindigkeiten der Autofahrer insbesondere am Ortsrand beklagt und baten darum, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zu treffen. Ingenieur Siegfried Tsalos erläuterte in der Sitzung die erforderlichen Sanierungen von Wasserleitung, Fahrbahn und Gehweg. Nach der Erneuerung des unteren Teilstückes bis zur Herrschaftsbreite solle nun noch das Teilstück bis zum Ortsrand erneuert werden. Das Reststück bis Buch bleibe unverändert, da hier noch weitere Anschlüsse in der Zukunft zu erwarten seien. Die Hauptwasserleitung bisher mit Nennweite 90 werde Nennweite 150 vergrößert. Die Hausanschlüsse würden seitens der Gemeinde auf öffentlichem Grund bei dieser Gelegenheit mit erneuert.

Das bisherige Straßen- und Gehwegprofil variere im Verlauf der Straße sehr stark. Der Gehweg im nördlichen Bereich der Bucher Straße sei 0,6 bis 1 m breit. Angesichts der Aufgrabungen im Fahrbahnbereich und der vorhandenen Straßen- und Gehwegschäden empfahl er, sowohl Straße als auch Gehweg neu zu gestalten. Zur Verkehrsberuhigung hatte er 4 denkbare Varianten ausgearbeitet, nämlich

- Wechselseitige Verengung der Fahrbahn durch Einbauten
- Einbau von höher gelegten Überfahrten
- Einbau von höher gelegten Kreuzungsbereichen
- Verzicht auf Einbauten und Überfahrten

Bei allen Varianten empfahl er einen durchgehenden Gehweg an der Straßennordseite in Fortsetzung des Gehweges im unteren Teil der Bucher Straße. Unnötige Fahrbahnquerungen für Fußgänger, insbesondere Kinder sollen so vermieden werden. Den Gehweg strebe er in grundsätzlich in einer Breite von 1,30 m an, damit auch Personen mit Kinderwagen oder mit Rollator nicht auf die Straße ausweichen müssen. Auch an Engstellen wurde eine absolute Mindestbreite von 1,00 m festgelegt. Auf der südlichen Straßenseite sah er einen Schrammbord mit 0,30 m vor. Somit verbleibe eine Fahrbahnbreite von durchschnittlich ca. 4,50 m bis 4,95 m.

Nach Vorstellung der Entwurfsplanung im Gemeinderat könne wie üblich die Anwohnerinformation erfolgen, Planung und Ausschreibung im Herbst beschlossen und ab April/Mai 2012 gebaut werden

In der Diskussion wurde ausführlich über die Vor- und Nachteile von Einbauten und Erhöhungen im Fahrbahnbereich beraten, nämlich einerseits Geschwindigkeitsdämpfung aber andererseits auch zusätzliche Lärmemission infolge von Brems- und Beschleunigungsvorgängen sowie etwaigen Rollgeräuschen an Aufpflasterungen. Einigkeit bestand darüber, einen breiteren und durchgehenden Gehweg als Hochbord an der nördlichen Straßenseite anzulegen und an den Kreuzungsbereichen den Hochbord abzusenken. Damit sollen angesichts der geringeren Straßenbreite als im unteren Bereich der Bucher Straße Kraftfahrer gehindert werden, auf den Gehweg auszuweichen. Um möglichst wenig Platz zu verlieren, bestand Einigkeit, den Schrammbord an der Straßensüdseite auf die minimal erforderlichen 30cm Breite zu beschränken. Einvernehmen bestand ferner, am oberen westlichen Ende des Ausbaubereichs eine Torsituation zu schaffen. Im Hinblick auf weitere Einbauten in die Fahrbahn wurde vom Gremium vorgeschlagen, die Art, Anzahl und die genaue örtliche Lage erst mit den Anwohnern zu besprechen. An Forderungen der Anlieger an der Hölderlinstraße, kostspielige Einbauten

aus Lärmgründen wieder zu beseitigen, wurde erinnert. Als weitere Planungsvorgabe erfolgte die Festlegung, dass die Fahrbahn auf höchstens 5m Breite beschränkt wird und etwaige Mehrbreiten des öffentlichen Verkehrsraumes dem Gehweg zugeschlagen werden.

Neugestaltung des Schulhofes Unterkirchberg – Fortführung der Planung

Aus der Diskussion und Beschlussfassung in der Sitzung vom 12.05.2011 hatte Architektin Maria Kirchhauser-Rimmele die Planung fortgeführt und konkretisiert. Die seinerzeitigen Entwürfe waren der Kirchengemeinde St. Martin Unterkirchberg zugeleitet und befürwortet worden. Die Schulleitung stand den Entwurfsplanungen ebenfalls positiv gegenüber. Die Beteiligung der Schüler und Eltern zur inneren Gestaltung des Schulhofs erfolgt noch zu gegebener Zeit.

Architektin Maria Kirchhauser-Rimmele legte dem Gemeinderat zwei weitergeführte Planungsvarianten vor, die sich im wesentlichen von der Nutzung des sogenannten „Holzschuhgrundstückes“ unterscheiden: eine große Parkplatzlösung unter Verwendung des ganzen Grundstückes als Parkplatz mit ca. 35 Stellplätzen und eine kleine Parkplatzlösung unter Verwendung nur der nördlichen Grundstückshälfte als Parkplatz mit ca. 25 Stellplätzen. Die gesamte Freifläche des neu gestalteten Schulhofes westlich des Schulhofes beträgt ca. 1.130 m². Bewegungs- und Spielflächen sowie die Friedhofzufahrt mit eingeschränkter Nutzung sollen mit Betonpflaster mit ebener Oberfläche und Sickerfugen, unterbrochen durch Pflasterrinnen gestaltet werden. Dieser Bereich sei für Pflasterspiele, Laufen, Hüpfen und Ballspiele gedacht. Die Mitte des neuen Schulhofes soll ein großes Baum- u. Lehrbeet (2 große bestehende Ahornbäume) mit erhöhtem Rand zum Sitzen bilden. Nordöstlich des alten Rathauses hatte die Planerin eine 4-reihige "Tribüne" aus Betonstufen vorgesehen. Die Freifläche nördlich des alten Rathauses soll zum Beispiel auch Klettern, Balancieren ermöglichen.

In der Sitzung entfachte sich neu die Diskussion um die Frage, ob Eltern mit ihren Autos bis unmittelbar ans Schulhaus heranfahren sollten. Bei der letzten Erörterung der Pläne hatte Bürgermeister Bertele nachhaltig darauf gedrängt, die einmalige Gelegenheit zu nutzen, um Park- und Wendemanöver der Autos zum Schutz der Kinder vom Eingangsbereich der Schule fernzuhalten. Unvermeidliches Rückwärtsfahren und hinter einem Fahrzeug gar nicht oder nur eingeschränkt sichtbare kleine Grundschüler bereiteten ihm stets Unbehagen. Noch dazu im Winter mit beschlagenen oder gar überfrorenen Scheiben wurde in Pfuhl ein Kind beim Rückwärtsfahren überrollt und tödlich verletzt.

Sowohl um eine größere Anzahl an Parkplätzen nahe der Schule, des Friedhofes und des Pfarrhauses als auch um den Eltern die Möglichkeit einer Wendeschleife anbieten zu können, sprachen sich die Gremiumsmitglieder für die große Parkplatzlösung aus. Angesichts dieser Möglichkeit wurde mit großer Mehrheit beschlossen, dass Eltern nicht bis unmittelbar ans Schulhaus heranfahren sollen. Auf Rückfrage ergänzte die Schulleiterin Elisabeth Gutser, dass sie seit Jahren Eltern und Kinder empfehle, zu Fuß zur Schule zu gehen, einesteils der Bewegung und andernteils der frischen Luft wegen. In der Diskussion wurde ferner hingewiesen, dass bisher bei Beerdigungen manche Trauergäste in den privaten Grundstückseinfahrten und Höfen parken. Zudem seien die Straßen so zugeparkt, dass ein Durchkommen mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen nicht mehr möglich sei. Auch dies war Grund für ein klares Votum zugunsten der großen Parkplatzlösung.

Per Mehrheitsbeschluss wurde auch die Anzahl der Behindertenparkplätze festgelegt. Ausnahmsweise im Schulhofbereich wird für Friedhofsbesucher ein Behindertenparkplatz im Schulhofbereich ausgewiesen.

Im Hinblick auf die Inanspruchnahme des gesamten „Holzschuhgrundstückes“ erübrigte sich letztlich die Entscheidung um einen etwaigen Teilabbruch des Gebäudes. Zudem weist dieses Gebäude äußerst merkwürdige statische Gegebenheiten auf. Bei einem Teilabbruch lässt sich ein kompletter Einsturz nicht ausschließen, weil Tragwände nicht wie üblich übereinander stehen und das Gebälk teilweise morsch ist. Eine Gewährleistung gegen

Einsturz bei Teilabbruch werde von Abbruchfirmen ausdrücklich abgelehnt. Bei allem Verständnis für die derzeit dort wohnhafte Familie, stünden Nutzen und Risiken somit in keinem Verhältnis. Selbst wenn nichts einstürze, betragen die Abbruchs- und Entsorgungskosten nach Darstellung der Architektin für den hinteren Gebäudeteil netto ca. 11.500,00 EUR. Die Kosten für notwendige, bauliche Maßnahmen zum ordnungsgemäßen Erhalt des Gebäudes ohne unberechenbare Einstürze betragen netto mindestens ca. 8.000,00 bis ca. 10.000,00 EUR. Die Kosten für einen späteren Abbruch und die Entsorgung des restlichen Gebäudes würden dann nochmals netto ca. 11.500,00 EUR betragen, in der Summe also incl. MWSt. knapp 40.000,-€. Die Abbruchs- und Entsorgungskosten bei einem kompletten Abbruch lägen dagegen nur knapp 18.000,-€ incl. MWSt.

Kämmerer Manfred Kornmayer erläuterte dem Gemeinderat den aktuell zu erwartenden Kostenstand. Nach der ursprünglichen Absicht, den Schulhof herzurichten, kam die Möglichkeit des Grunderwerbes beim Anwesen Holzschuh hinzu – mit entsprechenden Erwerbs-, Abbruchkosten und Parkplatzkosten. Der ursprüngliche Haushaltsansatz von 240.000,-€ erhöhe sich daher bei der kleinen Parkplatzvariante auf 404.000,00 EUR bzw. auf 479.000,00 EUR bei der großen Parkplatzvariante. Ein größeres Bauvolumen ziehe auch höhere Kosten nach sich. Nach umfangreicher Information durch die Architektin, Kämmerer und breiter Diskussion wurde die weitere Planung in Auftrag gegeben. Diese soll in einem nächsten Schritt den Anliegern vorgestellt werden.

Feststellung der Jahresrechnung 2010

Bürgermeister Bertele freute sich, dem Gemeinderat einen sehr erfreulichen Rechnungsabschluss mit einem gegenüber der Planung wesentlich besseren Ergebnis vorlegen zu dürfen. Herr Leander Missel vom GVV Kirchberg-Weihungstal erläuterte den Rechnungsabschluss anhand des Rechenschaftsberichts. Danach habe sich die verbesserte Konjunktur insbesondere bei der Gewerbesteuer (+ 46.703,00 EUR), bei der Einkommenssteuer (+ 186.477,00 EUR) und bei den Schlüsselzuweisungen (+ 156.590,00 EUR) deutlich bemerkbar gemacht. Weitere Mehreinnahmen entstünden aufgrund einer EDV-Umstellung im Wasser- und Abwasserbereich, wodurch im Jahr 2010 zwei Jahresabrechnungen zu verbuchen gewesen wären (+ 118.376,00 EUR). Als Ergebnis des Verwaltungshaushalts ergebe sich eine um 865.389,00 EUR höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt von 1.065.388,62 EUR.

Durch geringere Ausgaben im Vermögenshaushalt und die höhere Zuführung vom Verwaltungshaushalt hätte auf die geplante Rücklagenentnahme von 1.167.000,00 EUR verzichtet werden können. Stattdessen wäre der allgemeinen Rücklage ein Betrag von 48.556,56 EUR zugeführt worden. Damit habe die Rücklage zum 31.12.2010 einen Stand von 3.088.197,45 EUR erreicht. Der gesetzliche Mindestbetrag belaufe sich auf 151.951,28 EUR.

Im Gegenzug sei mit einer Sondertilgung in Höhe von 86.740,65 EUR das letzte Darlehen zurückgezahlt worden. Die Gemeinde Illerkirchberg sei damit zum 31.12.2010 schuldenfrei. Die Jahresrechnung wurde hierauf einstimmig festgestellt und die von Herrn Leander Missel dargelegten Kostenausgleiche gebilligt.

Erhöhung der Kindergartenbeiträge – formaler Satzungsbeschluss

In der letzten Sitzung vom 09.06.2011 wurde vom Gemeinderat über die Änderung der Kindergartenbeiträge ab 01.09.2011 beraten. Grundlage war die Fortschreibung der Empfehlungen zu den Elternbeiträgen für die Kindergartenjahre 2011/12 und 2012/13 der Landesverbände. Die Berechnung der Elternbeiträge erfolgt weiterhin nach der sogenannten familienbezogenen Sozialstaffelung, bei der alle im selben Haushalt lebenden Kinder bis zur Vollendung ihres 18. Lebensjahres berücksichtigt werden. Ausgangslage bleibt, dass weiterhin landesweit angestrebt wird, rund 20 % der tatsächlichen Betriebsausgaben durch Elternbeiträge zu decken. In Illerkirchberg hat der Beitragsanteil zuletzt (Haushaltsjahr 2010) ca. 17 % betragen. In den Empfehlungen wird nun auch verstärkt auf die verschiedenen Betriebsformen mit verlängerten Öffnungszeiten und der Betreuung von unter 3-jährigen Kindern eingegangen. Die neuen Tarife wurden nach der Entwurfsbeschlussfassung dem

Kirchengemeinderat zugeleitet, der dem Entwurf zustimmte. Die neue Änderungssatzung mit den jeweiligen Gebühren sind der amtlichen Bekanntmachung zu entnehmen.

Zentrale Sportanlage – Aufstellung eines Bebauungsplans

Zunächst gab Bürgermeister Bertele die in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung beschlossenen und inzwischen getätigten Grundstückskäufe für die Sportflächen bekannt. Besonders wies er darauf hin, dass alle Eigentümer den gleichen Quadratmeterkaufpreis erhalten.

Nachdem die Flächen südlich des Wasserturmes im Flächennutzungsplan noch als Sportflächen eingetragen sind, habe er bereits beim Nachbarschaftsverband die Änderung des Flächennutzungsplanes beantragt. Nunmehr gelte es um keine Zeit zu verlieren, den Bebauungsplan im Parallelverfahren aufzustellen. Das Landratsamt habe sich mit diesem Prozedere einverstanden erklärt. Der Aufstellungsbeschluss mit der Gebietsabgrenzung habe zunächst rein formalen Charakter. Die weiteren inhaltlichen Schritte würden vom beauftragten Planer Zint persönlich in den folgenden Sitzungen vorgetragen.

Der Planbereich soll das zentrale Sportgelände und die notwendige Fläche zur Erschließung und Anbindung an die L 260 umfassen. Bisher sei das Erschließungsgebiet bewusst großzügig dargestellt worden. Beim RP Tübingen werde eine Genehmigung für einen Kreisverkehr beantragt. Die Voruntersuchungen hierzu seien allerdings noch im Gange. Als Alternative kämen nachrangig Abbiegespuren in Betracht. Um das Bebauungsplanverfahren nicht zu verzögern, würden beide Varianten im jetzigen Plangebiet ermöglicht und nach der Entscheidung des RP Tübingen das Gebiet eingegrenzt. Der Aufstellungsbeschluss wurde einstimmig gefasst und ist der amtlichen Bekanntmachung zu entnehmen.

Baugesuche

Nach nochmaliger, abgeänderter Vorlage wurde einem Einfamilienhaus an der Beethovenstraße einstimmig zugestimmt. Insbesondere die zunächst vorgesehenen Aufschüttungen waren korrigiert worden.

Zugestimmt wurde ferner einem Baugesuch für ein Einfamilienhaus an der letzten noch verbliebenen Baulücke an der Hermann-Hesse-Straße, sowie der Errichtung einer Doppelgarage an der Kastellstraße. Dort wurde eine Befreiung vom vorgegebenen eingeschlossen. Ohne weitere Diskussion wurde der Tektur zur Errichtung einer dritten Wohnung in einem Haus am nördlichen Ortsrand von Buch zugestimmt, ebenso wie der Errichtung einer landwirtschaftlichen Maschinenhalle an der Weihungsstraße zum bestehenden landwirtschaftlichen Betrieb hinzu.

Eine umfangreichere Diskussion löste ein Baugesuch für zwei Gebäude an der Illerstraße, Ecke Hauptstraße aus. Im rückwärtigen Grundstücksteil waren zwei Kettenhäuser vorgesehen, auf deren Genehmigung zweifellos ein Rechtsanspruch bestand bzw. besteht. Zur Frage des Einfügens des vorderen Wohn- und Geschäftshauses wurde das kurzfristige Einreichen der Unterlagen bemängelt. Eine Bauvoranfrage wurde hierzu zwar bereits im vergangenen Jahr positiv beschieden, doch beinhaltete die neue Planung ein um einen halben Meter höheres Gebäude. Für die neue Planung konnte das Landratsamt nicht mehr umfassend angehört werden. Zudem fehlten auch Abstandsmaße. Den rückwärtigen Kettenhäusern wurde zugestimmt, das Baugesuch für das vordere Wohn- und Geschäftshaus allerdings zur näheren Prüfung zurückgestellt.

Weiterhin stimmte der Gemeinderat der Umnutzung von Wohn- in Büroräume im ehemaligen Wasserturm Oberkirchberg einstimmig zu. Eine Voranfrage bezog sich auf die Errichtung eines statt zwei Häuser im Bebauungsplan Gäßle. Eine weniger dichten Nachbarbebauung sah der Gemeinderat keine Hindernisse entgegenstehen und stimmte ebenfalls zu. Die Firstrichtung darf so ausgerichtet werden, dass eine Solarnutzung möglich ist.

Bebauungsplan „Meersburger Straße Süd“ der Stadt Ulm

Die Stadt Ulm informierte die Gemeinde über den Bebauungsplan „Meersburger Straße Süd“ in Wiblingen für Wohnbebauung an der Gemarkungsgrenze zu Illerkirchberg und forderte zur Stellungnahme auf. Einstimmig erhob der Gemeinderat dagegen keine Einwendungen.

Weitere Bekanntmachungen

Bürgermeister Bertele erinnerte an die Verabschiedung von Pfarrer Stefan Möhler, Gemeindefereferentin Ulrike Schonhardt sowie Vikar Ronald Bopp am 24.07.2011, 17:00 Uhr, mit Gottesdienst in Staig und lud dazu das Gremium ein.

Ferner berichtete er über das ausliegende Ferienprogramm, dankte allen Beteiligten, die das Programm wieder auf die Beine stellten und wünschte den Kindern und Jugendlichen endlich besseres Wetter für die Ferien.

Zur Pflege der Städtepartnerschaft informierte Bürgermeister Bertele über das Vogelfest in Le Puy, der Nachbarstadt von Brives-Charensac am 17./18.09.2011. Er lud den Gemeinderat ferner ein zum Empfang der französischen Jugendlichen anlässlich des Jugendaustausches vom 28.07. bis 07.08. Die Gäste aus Brives-Charensac würden am 28.07.2011 zwischen 18:00 und 19:00 Uhr in Unterkirchberg erwartet. Aus diesem Anlass finde ein kleiner Empfang im Rathaussaal statt. Am 06.08.2011 werde ab 17:00 Uhr beim TSG-Sportplatz der Abschluss mit einem Grillfest gefeiert auch dazu lud er ein.

Schließlich berichtete er über die „Tour de Ländle“. Kurzfristig hätten die Organisatoren die Gemeinde per Rundschreiben aufgefordert, „Aktionen“ zu starten. Die Radler würden am Sonntag, 31.07.2011, morgens zwischen 8.30 und 9.00 Uhr die Gemeinde passieren. Angesichts der Uhrzeit am Sonntagmorgen sei zwar jedermann als Zuschauer herzlich eingeladen, andererseits wolle er zu diesem Anlass niemanden „herbeizitieren“.

Ausscheiden der Gemeinderätin Daniela Allmendinger

Frau Gemeinderätin Daniela Allmendinger hatte dem Bürgermeisteramt mitgeteilt, dass sie mit ihrer Familie zum 31.08.2011 nach Schnürpflingen umziehe. Damit scheidet sie nach der Gemeindeordnung aus dem Gemeinderat aus. Sie war am 07.06.2009 erstmalig in den Gemeinderat gewählt und am 23.07.2009 verpflichtet worden. Ihr Amt übte sie somit im Gemeinderat über 2 Jahre lang aus.

Bürgermeister Bertele würdigte das ehrenamtliche Engagement von Frau Allmendinger. Insbesondere ihre Tätigkeit beim Jugendtreff Oberkirchberg habe dazu geführt, dass dieser mit neuem Programm regen Zuspruch bei den Jugendlichen gefunden hätte und in geordneten Verhältnissen ablaufe. Maßgeblich sei es ihr zu verdanken, dass die frühere Problematik mit –auch nächtlichen- Ruhestörungen rund um den Jugendtreff sich erledigt hätten. Sie habe sich damit in der Jugendarbeit besonders verdient gemacht. Neben ihrem eigenen unmittelbaren Einsatz habe sie sich auch um eigenverantwortlichen Nachwuchs aus den Reihen des Jugendtreffs gekümmert und wolle auch künftig trotz des Umzuges dem Jugendtreff Oberkirchberg zur Seite stehen.



Bürgermeister Bertele verabschiedete sie aus dem Gemeinderat mit der Übergabe eines Blumenstraußes und einer Urkunde.

Als Nachrückerin wurde Frau Michaela Schliefer bestimmt.

Anschließend fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.